

der funke



[Zeitung der Bad Kreuznacher DKP](#)

[Extrablatt 5.9.2017](#)

Zur Bundestagswahl 2017 raten wir in unserem Wahlkreis:

Mit beiden Stimmen die LINKE wählen!

Wie vor jeder Bundestagswahl wird eine Menge versprochen. Bei vielem fragen wir uns, warum haben CDU, SPD, FDP und Grüne das denn nicht gemacht, als sie regiert haben?

Wir können hier nur auf einige Fragen kurz eingehen, dabei auch nicht alle wichtigen diesbezüglichen Aspekte ansprechen. Wir wählen bewußt 3 Themen von vielen, die in den letzten Tagen in Bad Kreuznach öffentlich diskutiert wurden.

Lebensstandart sichernde Renten

Das deutsche Rentensystem ist im Kern stabil. In Österreich bekommt man bei gleichem Versicherungsverlauf im selben System 50% mehr Rente. Wieso? Weil dort nicht Beitragssenkung das oberste Ziel war. Bei 10,25% bzw. 12,55% Arbeitnehmer- und Arbeiteranteilen ging die Wirtschaft nicht unter. Zudem zahlen da alle in die Rentenversicherung ein. Nicht Demographie, sondern Produktivitäts- und Lohnentwicklung entscheiden.



Damit das Alter nicht zum Horror wird

Bei uns senkte man das Niveau. Deshalb sollen die Arbeitenden 9,35% zahlen und 4% riestern, also 13,35%, die Unternehmer 9,35%. Das sind 22,7% vom Brutto, in Österreich 22,8%. Wer hier gewinnt und verliert, ist klar. Niedriglöhner und prekär Beschäftigte haben kein Geld zum Riestern, zudem fehlen ihre vollen Beiträge in der Rentenkasse, Altersarmut ist programmiert. Die Agenda 2010 war auch ein Rentenabbauprogramm. Staatliche Riesterzuschüsse nutzen den Versicherungen.

Frau Nahles will nun die kapitalgedeckte Betriebsrente ohne Ertragsgarantien, Riester 2.0 sozusagen. Während die Kanzlerin so tut, als sei doch alles ok, ließ der „CDU-Hoffnungsträger“ Spahn schon 2016 im Tagesspiegel verlauten: „Das Rentenniveau muß weiter sinken“. Für die FDP ist eh alles Soziale Unfug. Und auch die AfD bietet nichts Alternatives; denn die Renten wurden schon gekürzt, lange bevor viele Flüchtlinge kamen.

Der DGB fordert u.a. eine Stabilisierung und baldige Erhöhung des Rentenniveaus, die Gewerkschaft ver.di dafür eine Konzentration auf die Stärkung der gesetzlichen Rente. Einzig die LINKE unterstützt weitgehend die Forderungen der Gewerkschaften, zudem will sie eine Mindestrente von 1.050 monatlich.

Freier Sonntag und Arbeitszeitgesetz

Seit mit der Einführung des Dienstleistungsabends donnerstags die Geschäfte länger öffneten, wurden die zulässigen Öffnungszeiten bei uns von 56 auf 96 Stunden wöchentlich erhöht. Dem folgte auch der Einstieg vieler anderer Wirtschaftsbereiche in längere Geschäfts- und Betriebszeiten am Abend, und am Wochenende. Wir reden nicht von Krankenhäusern, Feuerwehr, Verkehrswesen usw., wo notwendig auch sonntags gearbeitet wird. Und wieder sollen via Einzelhandel die Türen geöffnet werden, nun für den Sonntag als Geschäfts- und dann auch als Arbeitstag. Konzerne wie Kaufhof und Karstadt fordern generell offene Sonntage. Die neue Landesregierung mit CDU und FDP in NRW ist ihnen zu Diensten, sie will künftig schon mal bis zu 16 Sonntagsöffnungen erlauben.

So wie hier der Einzelhandel vorgeschickt wird, ist es beim Arbeitszeitgesetz das Hotel- und Gaststättengewerbe. Das fordert statt 8, ausnahmsweise 10, nun 12 Stunden zulässige tägliche Arbeitszeit. Geht das durch, folgen auch andere Bereiche. Was bleibt vom Tag, wenn man mit Pausen 13 Stunden im Betrieb ist, noch jeweils eine Stunde für Hin- und

Rückfahrt braucht? Gerade mal 9 Stunden, kaum genug zum Ausschlafen. Und damit das dann auch paßt, sollen auch die 11 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitstagen entfallen. Ausruhen, Gesundheit, Familie, Hobby, Freunde, auch mal Fußball gucken usw., alles käme unter die Räder.



Damit das Leben nicht nur Arbeit ist ...

In Bad Kreuznach war es bis dato einzig die LINKE, die im Stadtrat für den freien Sonntag eintrat, dafür, daß er nicht über Ladenöffnungen zum Arbeitstag für alle gemacht werden wird.

Krieg verhindern und Frieden sichern

Im Juni haben nach Jahren der Verhandlungen bei der UNO 122 Mitglieder ein Abkommen beschlossen, mit dem atomare Massenvernichtungsmittel endgültig geächtet werden sollen. Deutschland hat sich noch nicht



Antikriegstag 1.9.2017 in Bad Kreuznach, Foto privat

mal an den Verhandlungen beteiligt, weil man nicht auf die atomare Teilhabe verzichten will. Das heißt, man will weiterhin die 20 in Büchel gelagerten US-Atombomben, weniger als 100

Kilometer Luftlinie von Bad Kreuznach entfernt, mit Bundeswehr-Kampffjets einsetzen dürfen.

Gut, daß Herr Schulz nun auch den Abzug der Atombomben aus der Eifel fordert. Aber was tat seine Partei in der Regierung dafür, seit 2010 der Bundestag den Abzug der Bomben forderte? Wieso werden durch die Modernisierung dieser Höllengeräte notwendige Umbauten in Büchel mit 70 Mio. unserer Steuergelder finanziert? Wieso trugen alle Regierungen über lange Jahre das NATO-Ziel mit, 2% des Bruttosozialprodukts für Rüstung? Wir wollen keine weiteren über 20 Milliarden für Krieg und Militär! Krieg gegen Staaten oder den Terrorismus löst keine Probleme. Er verschärft sie, schafft neue Opfer, neuen Haß und neuen Terror, aber keine Sicherheit bei uns oder sonst wo.

Einzig die Bundestagsfraktion der LINKEN hat bis dato einer konsequente Friedenspolitik vertreten. Auch deshalb fordern wir zur Wahl der LINKEN auf, Kriegstreiber oder sich dahin treiben Lassende gibt es bis dato eh noch zu viele im Bundestag.

Bilder „Damit ..“ von Pixabay, freie und kostenlose Bilder

der funke extra, 05. September 2017, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail volker-metzroth@dgp-bad-kreuznach.de, Versand als eMail und Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage. Weitere Info unter www.dgp-bad-kreuznach.de

Die Bad Kreuznacher DKP trifft sich wieder am 25. September um 19:00 Uhr im Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach, dann wieder jeden 3. Montag im Monat, also am 16. Oktober, 20. November und 18. Dezember 2017.